

Bundesamt für Energie
Sektion NE

3003 Bern
per mail an strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Ihre Ansprechperson:

Walter Müller
+41 (0)44 252 57 53
w.mueller@stromkunden.ch

Dokument:

SN_Strategie_Stromnetze_fin.docx

Zürich, 16. März 2015

**Strategie Stromnetze
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Mitglieder der Gruppe Grosser Stromkunden (GGGS) bedanken sich für die Möglichkeit, zur vorgeschlagenen Strategie Stromnetze Stellung nehmen zu können. Die GGGS vereint die energiepolitischen Interessen ihrer Mitglieder und der Endverbraucher der Wirtschaft im Bereich des Strommarktes und der Stromversorgung. Die GGGS engagiert sich für eine sichere Elektrizitätsversorgung und einen wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkt. Sie repräsentiert mehr als 10% des Stromverbrauchs in der Schweiz.

Die Stellungnahme der GGGS erfolgt in zwei Teilen, diesem Schreiben hier, mit grundsätzlichen Bemerkungen zur Vorlage und mit dem ausgefüllten Fragebogen im zweiten Teil, wobei wir ausdrücklich auf die dort gemachten Kommentare zu den einzelnen Punkten verweisen.

Grundsätzliche Bemerkungen:

1. Die Erweiterung des raumplanerischen Prozesses der Netzentwicklung mit den vorgelagerten Teilschritten «Szenariorahmen» und «Bedarfsermittlung» halten wir für zielführend, weil es die Gesamtschau unterstützt und die Entwicklungsrichtung in einen längerfristigen Kontext stellt. Wir begrüßen insbesondere die Tatsache, dass ein wahrscheinlichstes Szenarium identifiziert und für die Bedarfsermittlung verwendet werden muss. Im Gegensatz zu den «was-wäre-wenn» Szenarien der Energiestrategie des Bundesrates, die keine Prognosen sind,

bedeutet dies, dass das BFE Rechenschaft über die Eintretenswahrscheinlichkeiten verschiedener Entwicklungen ablegen und damit eine Prognose stellen muss.

2. Die vom BFE im Rahmen der Energiestrategie veranlassten Studien zum Netzausbau zeigen, dass der Bedarf auf dem Übertragungsnetz unabhängig von den Szenarien ziemlich robust bleibt und die neuralgischen Stellen längst bekannt sind. Ein zentraler Faktor für den Ausbaubedarf in den Verteilnetzen ist stark von der Entwicklung dezentraler Produktionskapazitäten (PV, Windkraft), den lokalen bzw. zentralen Speicherkonzepten, des sich entwickelnden intelligenten Netzmanagements, der Entwicklung der Nachfrage und den Begehrlichkeiten der Verteilnetzbetreiber abhängig.
Da in diesem Bereich keine Klarheit oder Einigkeit besteht, schwanken die Bedarfs- und Kostenschätzungen enorm.
3. Ein grundsätzliches Problem haben wir mit der ex ante Zusage der ElCom für die Mehrjahrespläne. Aus unserer Sicht wird damit ein – wenngleich eng begrenztes – unternehmerisches Risiko der Netzbetreiber auf die ElCom übertragen, die dadurch zudem in ihrer erstinstanzlich rechtssprechenden Funktion befangen wird. Im heutigen föderalistisch aufgebauten System der Netzbetreiber muss jedes Unternehmen selber abwägen wo und wie stark es ausbauen will und ggf. dafür bei seinen Eigentümern bzw. beim Souverän ein Budget beantragen. Eine Vorabzusage übersteigt die Kapazität der ElCom bei weitem und verleitet Netzbetreiber dazu, überdotierte Pläne einzureichen, v.a. in der gegenwärtig angewendeten cost⁺-Regulierung für Netzentgelte und dem üppigen WACC.
Uns ist nicht bekannt, dass die heutige Praxis der ElCom jemals dazu geführt hätte, dass Ausbauprojekte nicht realisiert werden konnten.
4. Das BFE hat 2014 die wegen der Energiestrategie zwischenzeitlich sistierte Revision des StromVG wieder aufgenommen. Die vorliegende Strategie Stromnetze greift gewisse Themen vor, die auch im Rahmen der Revision StromVG behandelt werden. Aus unserer Sicht sehr wichtig ist, wie das Messwesen reguliert ist. Die in der Strategie Stromnetze stipulierte Anrechenbarkeit der Messkosten unter dem cost⁺ Modell widerspricht der von uns angestrebten und gemäss StromVV im Prinzip bereits möglichen Liberalisierung des Messwesens. Wir sind der Meinung, dass Wettbewerb bei den Messdienstleistungen eine wesentliche Voraussetzung für Wettbewerb im Strommarkt ist und zu neuen Dienstleistungen für Endverbraucher und Netzbetreiber führen wird. Wenn die vorliegende Strategie Stromnetze beim Messwesen etwas ändern will, dann soll die Änderung die Liberalisierung des Messwesens beinhalten.
Die pauschale Anrechenbarkeit «innovativer Massnahmen» mit der Begründung, dass diese für die Energiestrategie notwendig seien, lehnen wir ab. Nicht weil es diese Massnahmen nicht brauchen würde, sondern weil erstens naturgemäss nicht klar ist, welche Massnahmen

dies sein könnten und zweitens diese kaum zwingend das natürliche Gebietsmonopol der Netzbetreiber zur Voraussetzung haben. Anbieter aus der Privatwirtschaft werden benachteiligt und aus dem Markt gedrängt. Diese entwickeln auf eigenes Risiko ohne garantierte Anrechenbarkeit ihrer Kosten solche innovativen Massnahmen und Businessmodelle. Das ist sicher effizienter als eine garantierte Anrechenbarkeit der Kosten, die einen Anreiz für Netzbetreiber setzt, unter dem Titel «innovative Massnahmen» Aktivitäten zu entwickeln, mit denen sie ihre Kostenbasis erhöhen und damit den mit dem WACC garantierten Gewinn vergrössern.

Neben dem eingangs erwähnten und begrüssenswerten Fortschritt beim raumplanerischen Prozess der Netzentwicklung können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass mit Vorlage und der Begründung, dass die Energiestrategie einen grossen Um- und Ausbau des Stromnetzes erfordere, das Terrain für einen weiteren Kostenschub bei den Netzentgelten vorbereitet wird. Dies obwohl der Ausbaubedarf auf den unteren Netzebenen überhaupt nicht klar ist und stark vom eingeschlagenen Weg und dem Tempo der Erneuerung abhängen wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse



Andreas Münch
Präsident



Walter Müller
Geschäftsführer

Beilage: ausgefüllter **Fragebogen mit Kommentaren** zu einzelnen Punkten

Strategie Stromnetze Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:



Walter Müller
Gruppe Grosser Stromkunden
Universitätstrasse 53
CH-8006 Zürich
Tel: +41 (0)44 252 57 53
Mobil: +41 (0)78 759 20 67
w.mueller@stromkunden.ch
www.stromkunden.ch

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	7
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	12
Geodaten	12

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen ausdrücklich die Tatsache, dass bei der Netzplanung nicht beliebige Wunschscenarien angenommen werden können sondern dass von der wahrscheinlichsten energiewirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen werden muss (*Art. 9a Abs. 2 StromVG*). Zumindest zum angenommenen Szenarium, das für eine weitere Zeitspanne von 10 Jahren entwickelt werden soll, gehört deshalb eine objektiv begründete Aussage zur Wahrscheinlichkeit des Eintretens.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen die Möglichkeit, bei nicht erwarteten Entwicklungen den Szenariorahmen in kürzeren Intervallen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen die Möglichkeit, bei nicht erwarteten Entwicklungen den Szenariorahmen in kürzeren Intervallen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Sofern sich das NOVA-Prinzip mit dem Gebot der Kosteneffizienz vereinbaren lässt, ist nichts dagegen einzuwenden. Demnach sollten Optimierungen günstiger sein als Verstärkungen und diese wiederum günstiger als Ausbauten.

Wir schlagen vor, in diesem Absatz Bezug auf die Kosteneffizienz zu nehmen.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Rahmen der Entwicklungen des Demand Response ist zu überprüfen, ob die Definitionen des Einspeisepunktes mit diesen neuen innovativen Konzepten kompatibel sind oder sich allenfalls innovationshemmend auswirken.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ist der Kreis der «weiteren Betroffenen» definiert? Die Endverbraucher sollten explizit aufgeführt werden, da diese im gegenwärtig praktizierten Ausspeisemodell als einzige die Netzkosten tragen. In Bezug auf Art. 9d Abs.2 (Netzplanung) und Art. 9 e (Koordination der Planung) wäre wünschenswert, dass das Thema «Demand Side Management» und die Speichermöglichkeiten mit in die Szenarien für den Netzausbau aufgenommen und Unternehmen, die in diesem Bereich Dienstleistungen erbringen, mit in den Prozess der Planung der Netze eingebunden werden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
- Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss Art. 8 Abs. 2 StromVG sind Netzbetreiber zur Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes verpflichtet, Mehrjahrespläne zu erstellen. Gemäss Abs. 3 müssen sie die ElCom über den Betrieb und die Belastung der Netze und ausserordentliche Ereignisse orientieren.

Art. 4 Abs. 2 EnG legt die Verantwortung für die Energieversorgung in die Hände der Energiewirtschaft. Sie tragen damit ein gewisses Risiko, das sie nicht delegieren können und das sie vorsichtig in ihrer Planung machen sollte.

Die ElCom überwacht die Versorgungssicherheit im Strombereich. Sie ist gemäss eigenen Angaben (Bericht zur Versorgungssicherheit vom 12.06.2014) «verpflichtet, die Entwicklung der Elektrizitätsmärkte im Hinblick auf eine sichere und erschwingliche Versorgung zu überwachen. Aus diesem Grund wertet sie in ihrem Monitoring unter anderem Messgrössen aus den Bereichen Netz und Produktion aus. In Bezug auf den Systembetrieb des

Übertragungsnetzes kommt die ElCom zum Schluss, dass sich die wichtigsten technischen Beobachtungsgrößen über die letzten drei Jahre positiv entwickelt haben und die Versorgungssicherheit insgesamt als gut zu betrachten ist.»

Das bedeutet, dass Netzbetreiber und ElCom ihre Aufgaben erfüllen.

Es gibt keinen Grund, weshalb die ElCom in die Kompetenz der Netzbetreiber eingreifen soll, solange diese ihre Aufgabe wahrnehmen. Es ist nicht an der ElCom ex ante zu entscheiden was für den Netzausbau notwendig ist. Falls die Versorgung gefährdet ist, kann der Bundesrat gem. Art. 9 Abs. 1 lit. c bereits heute in die Kompetenz der Netzbetreiber eingreifen und Netzausbauten verfügen.

Die Tatsache, dass die ElCom ex post die anrechenbaren Kosten für den Netzausbau überprüfen kann, hält die Netzbetreiber weiterhin zu einer vorsichtigen Planung an. Eine ex ante Überprüfung durch die ElCom erfordert nicht nur eine wesentliche Aufstockung der personellen Ressourcen sondern verhindert auch ex post Korrekturen, weil die ElCom in ihrer Funktion als richterliche Behörde befangen wird.

De facto würde die vorgeschlagene Lösung vor allem in der cost⁺-Regulierung mit dem heute praktizierten Auspreisemodell Anreize setzen, möglichst üppig dotierte Mehrjahrespläne einzureichen, in der Hoffnung, dass diese von der ElCom nicht allzu sehr zusammengestrichen werden.

Ungelöst ist zudem die Frage der Haftung bei Stromausfällen, wenn die ElCom sagen muss, was ausgebaut und angerechnet werden darf und was nicht.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe Bemerkungen unter Punkt 9.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe Bemerkungen unter Punkt 9.

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wie bereits in unserer Stellungnahme zur Energiestrategie geäußert, fühlt sich die GGS bei der Festlegung allfälliger Kriterien für die Interessensabwägung bei Anlagen von nationalem Interesse überfordert und befürchtet, dass Partikulärinteressen für die Realisierung bestimmter Anlagen ein zu grosses Gewicht gegenüber den Interessen der Allgemeinheit erhalten könnten.

Es besteht per se kein nationales Interesse an Übertragungsleitungen, sondern an einer effizienten und ausreichenden Stromversorgung, wie dies in Art. 15d Abs. 1 EleG impliziert ist. Daraus in Art. 15d Abs. 2 EleG zu folgern, dass generell Anlagen des Übertragungsnetzes von nationalem Interesse seien, ist ein Kurzschluss. Das nationale Interesse ist ggf. dann gegeben, wenn die betreffenden Leitungen überwiegend dem Ziel der Versorgung dienen und keine Alternativen zur Verfügung stehen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Bedeutung des Übertragungsnetzes abnehmen wird, in dem Mass, wie dezentrale Produktion und lokale Speicherung auf den niederen Spannungsebenen zunehmen.

An Stromtransiten durch die Schweiz besteht nur insofern ein Interesse, als dass die Leitungskapazitäten auch für Importe für den inländischen Bedarf genutzt werden können. Dasselbe gilt auch für die Erschliessungsleitungen der Pumpspeicher, deren Betrieb nach den internationalen Marktpreisen optimiert wird. Die entsprechenden Leitungen sind also höchstens teilweise und nur wenn es keine Alternative gibt, im nationalen Interesse. Das muss bei der Bedeutung, die man diesen Anlagen geben will und bei der Güterabwägung berücksichtigt werden.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mit der direkten Zuständigkeit des BFE könnte der Überweisungsbericht des ESTI wegfallen, was verfahrensbeschleunigend wirkt. Wir halten die Zuständigkeit des ESTI als Fachgremium und erste Instanz trotzdem für zielführender. Dieses verfügt über den notwendigen Sachverstand um die eingereichten Unterlagen zu überprüfen und ggf. fehlende Unterlagen einzufordern. Ein Umweg über das BFE würde demgegenüber das Verfahren wiederum verlangsamen, so dass wenig bis nichts gewonnen wird.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Art. 18a Abs2 EleG: betroffene Grundeigentümer sollten ebenfalls Antrag auf Aufhebung der Projektierungszonen stellen können, wenn diese obsolet geworden sind.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Entscheide müssen letztlich vom BFE selbst gefällt werden und können nicht an externe Personen delegiert werden. D.h. dass das BFE ggf. bei gewissen Vorarbeiten entlastet werden kann, diese dann aber doch bei entscheidenden Punkten sorgfältig überprüfen und in die eigene Form bringen muss. Qualifizierte verwaltungsexterne Personen, die über fundierte Verfahrenskenntnisse verfügen, gibt es in der Schweiz nicht sehr viele. Nicht selten dürften sie in einem Interessenskonflikt stehen, weil sie auch von Projektgegnern engagiert werden. Es wäre zu begrüßen, wenn das BFE seine personellen Ressourcen so organisiert, dass Engpässe intern aufgefangen werden können, indem untergeordnete Aufgaben subaltern erledigt werden.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

sofern mit Augenmass (ohne Dringlichkeit) umgesetzt. D.h. Anlagen auf tieferen Spannungsebenen sollen möglichst erst am Ende ihrer Lebensdauer verkabelt werden, wenn grössere Erneuerungen anstehen. Die Kriterien soll der Bundesrat regeln. Eine alternative Möglichkeit ist, die Freileitungen tieferer Spannungsebenen auf dieselbe Leitungstrasse der Höchstspannungsleitung zu legen und damit eine Konzentration zu ermöglichen.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Option, Leitungen als Kabel statt als Freileitung zu realisieren, vergrössert den Verhandlungsspielraum. Ob die Massnahme wirklich geeignet und effizient wie gewünscht ist, wird erst die Praxis zeigen, wenn weniger Einsprachen gegen Leitungsprojekte erfolgen.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Obergrenze ist erforderlich. Die Kriterien sollen aber so sein, dass Kostengutsprachen restriktiv erfolgen und der Mehrkostenfaktor nicht routinemässig bis zum Maximum ausgenutzt wird.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wird das vorgesehene Maximum des Mehrkostenfaktors überschritten, sollen nicht mehr die Netznutzer die darüber hinausgehenden Kosten tragen müssen sondern der Bund und diejenigen, die von der erheblichen Entlastung durch die Erdverkabelung profitieren.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

1.

Die Frage sollte unter dem Kapitel «Öffentlichkeitsarbeit» gestellt werden. Eine kosteneffiziente Umsetzung würde bedeuten, dass man die zahlreichen bestehenden Kommunikationskanäle für die Anliegen der Versorgungssicherheit nutzt.

2.

Es handelt sich bei diesem Vorschlag um eine zusätzliche Gebühr, die das BFE auf dem Übertragungsnetz für Informationsmassnahmen im Bereich Stromnetze erheben will, einerseits für eigene Informationsmassnahmen, andererseits um entsprechende Informationsmassnahmen der Kantone und Netzbetreiber abzugelten. Der beabsichtigte Umfang und die Kosten der angedachten Kommunikationsmassnahmen sind nirgends deklariert.

Wir sind der Meinung, dass bei Bund, Kantonen und Netzbetreibern bereits mannigfaltige Kommunikationskanäle existieren, die für die Bekanntmachung der Anliegen einer zuverlässigen Stromversorgung genutzt werden können. Da das nationale Interesse an zusätzlichen Leitungen nicht a priori gegeben ist (siehe Bemerkung zu Punkt 12) und zudem mit anderen nationalen Interessen – beispielsweise jenen des Natur und Heimatschutzes – kollidieren kann, ist eine «carte blanche» für Informationsmassnahmen zu Gunsten des Netzausbaus auf Kosten der Endverbraucher nicht angebracht, nicht zuletzt auch noch deshalb, weil eine saubere Abgrenzung zu anderen energiepolitischen Themen nicht gewährleistet werden kann.

Es liegt im Interesse derjenigen Netzbetreiber, die ein Bauvorhaben realisieren wollen, zielgerichtete projektbezogene Informationsveranstaltungen durchzuführen, um Einsprachen zu minimieren.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Informations- und Kommunikationstechnologien bringen unweigerlich auch mehr Intelligenz in die Stromnetze. Beispielsweise werden heute in der Regel keine neuen Zähler installiert, die nicht bereits «smart» sind, auch wenn diese Funktionen noch lange nicht überall genutzt werden.

Sofern die innovativen Massnahmen der Zuverlässigkeit und Effizienz des Netzbetriebs dienen («Intelligenz statt Kupfer»), sind die Kosten für solche Geräte schon unter der bestehenden Gesetzgebung anrechenbar, wenn sie bedarfsgerecht eingebaut bzw. im normalen Erneuerungszyklus ausgetauscht werden. Dafür braucht es keine Gesetzesänderung und keine explizite Erwähnung undefinierter «innovativer Massnahmen». Das heute gültige Gesetz ist bereits zielführend, aber es überlässt es den Netzbetreibern abzuwägen, ob in neue Möglichkeiten der Netzsteuerung und -überwachung investiert werden oder die Entwicklung des Netzes nach bisherigen Standards erfolgen soll. Transparenz bei den Netzkosten (Sunshine-Regulierung bzw. Anreizregulierung) würden Netzbetreiber animieren, den jeweils günstigsten Weg einzuschlagen.

Es ist im Übrigen recht unklar, was genau mit innovativen Massnahmen alles gemeint sein kann und vor allem, ob diese Massnahmen Dienstleistungen und Businessmodelle mit einschliessen, die ebenso gut durch freie Akteure auf dem Markt erbracht werden können.

Kosten für innovative Massnahmen dürfen nicht anrechenbar sein, wenn die damit umgesetzten Massnahmen für die Erbringung neuer Dienstleistungen im Monopolbereich der Netzbetreiber eingeführt werden und wenn gleichzeitig Mitbewerber vom Erbringen konkurrenzierender Dienstleistung abgehalten werden, weil ihnen beispielsweise der direkte Zugriff auf Messdaten oder flexible Lasten verweigert wird.

Der Gesetzgeber soll deshalb Mindeststandards für Messgeräte festlegen, Wettbewerb beim Messwesen zulassen und gewährleisten, dass qualifizierte Akteure diskriminierungsfrei Zugang zu den Messdaten haben, wenn diese beispielsweise für die Strombeschaffung eines Betreibers einer Subbilanzgruppe (Fahrplanerstellung) oder eines Regelenenergiepools notwendig sind.

Die Frage der Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen ist an die Umsetzung des Entbündelungsgebots (Art 10 StromVG) gekoppelt und in diesem Kontext zu lösen.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Damit Bund und Kantone die Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung informieren, braucht es kein gesetzlich verankertes «Sonderstetting» für Stromnetze. Wie unter Punkt 23 ausgeführt, können bestehende Kanäle genutzt werden.

Gemäss dem vorgeschlagenen Art. 9e Abs. 4 werden «weitere Betroffene» in den Planungsprozess einbezogen. Es ist also davon auszugehen, dass diese gezielt, umfassend und ausreichend informiert werden.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Sinne einer Gesamtschau, aus der ersichtlich wird, welche Netzausbauten für eine sichere Versorgung notwendig sind, ist der Vorschlag zu begrüßen.

Vorsicht ist beim Grad der Detaillierung geboten. Als Sicherheitsrelevant und als ein Risiko für die Versorgungssicherheit würden wir eine allzu detaillierte Publikation von Anlagestandorten beurteilen, aus der leicht Schwachpunkte im Netz identifiziert werden können.